

Arbeiter
Angestellte
Beamte



Arbeiter
Angestellte
Beamte

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

Solidarpakt!?

Ein unmoralisches Angebot!!

Die Verhandlungsdelegation des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und seinen Fachgewerkschaften wurden am 30. September 2002 bei den Gesprächen über den sogenannten Solidarpakt – in Gewerkschaftskreisen „Sanierungspakt“ genannt – von einem mehr als unmoralischen Angebot der Senatsvertreter konfrontiert.

Für den Senat führten der Regierende Bürgermeister Wowereit, der Innensenator Dr. Körting, der Finanzsenator Dr. Sarrazin und die Gesundheitssenatorin Knake-Werner die Verhandlungen und für die dbb-Gewerkschaften der dbb-Landesvorsitzende Joachim Jetschmann und u.a. der DSTG-Landesvorsitzende Detlef Dames.

In der Hoffnung die zahlreich schon durch die Presse geisternden Drohungen des Senats von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes abwenden zu können, hatten die Gewerkschaftler eine eigene Liste mit Einsparvorschlägen vorgelegt (Seite 60: Vorschläge des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin für strukturelle Veränderungen).

Die Politik hatte jedoch augenscheinlich damit nicht gerechnet und ihrerseits ein Papier vorgelegt, dass an Einfallsarmut nicht zu überbieten war. Wie bereits in der Vergangenheit fiel dem Senat außer Einsparungen im Rasenmäherprinzip nichts Besseres ein (Seite 62: Vorschläge des Senats zur Abdeckung des Risikos des Solidarpakts). Letztendlich wurde die Zustimmung der Gewerkschaften für folgende Maßnahmen erwartet:

- Verzicht auf Einkommenssteigerungen bis 2006
- Verzicht auf Weihnachtsgeld
- Verzicht auf Urlaubsgeld

Das Gegenangebot bestand in der

- Verlängerung der bis zum 31. Dezember 2004 gültigen Beschäftigungssicherungsvereinbarung um ein Jahr
- Absenkung der Arbeitszeit auf bis 37 Wochenstunden

Der aufmerksame Leser des abgedruckten Papiers wird erkennen, dass einige der aufgeführten Punkte entweder gar nicht, falsch oder zumindest ungenau niedergeschrieben wurden. Der Eindruck, dass sich die Politik beim Entwurf dieses Papiers wenig Mühe gegeben hatte, wurde damit gefestigt.

Das Ergebnis vorwegnehmend:

DSTG und dbb - beamtenbund und tarifunion berlin erteilen Einkommenseinbußen für die Beschäftigten eine ganz klare Absage.

Fortsetzung Seite 60 >>>

INHALTSVERZEICHNIS

Solidarpakt!? Ein unmoralisches Angebot!!	57
Außerordentlicher Landesvorstand der DSTG	58
Außerordentlicher Landeshauptvorstand des dbb berlin	58
Kommentar	59
Strukturvorschläge des dbb berlin zum Sanierungspakt	61
Vorschläge des Senats zur Abdeckung des Risikos	63
Leistungsangebot der DSTG: Besoldung und Tarifverträge	64

Außerordentlicher Landesvorstand der DSTG

Auf einem außerordentlichen Landesvorstand der DSTG am 2. Oktober 2002 wurden in einer hitzigen Atmosphäre die Senatsvorschläge vom 30. September 2002 diskutiert und von den Delegierten einstimmig verworfen.

Der Landesvorstand fasste nach heftigen, an Klarheit nichts zu vermissenden Diskussionsbeiträgen, die folgenden Beschlüsse:

- Die DSTG lehnt die Forderung des Senats nach Einkommenseinbußen für alle Beschäftigtengruppen kategorisch ab!
- Die DSTG fordert vielmehr die Umsetzung der Strukturveränderungsmaßnahmen, die als eigenständige Vorschläge vom dbb - beamtenbund und tarifunion berlin am 30. September 2002 unterbreitet wurden, ein.

Die Vertreter der DSTG, der Landesvorsitzende Detlef Dames und der stv. Landesvorsitzende der DSTG und stv. Vorsitzende vom dbb - beamtenbund und tarifunion berlin Bernd Raue haben für die nächste Gesprächsrunde am 30. Oktober 2002 somit einen klaren Verhandlungsauftrag.

DSTG - es gibt keine Alternative

Außerordentlicher Landeshauptvorstand des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin

Auf dem außerordentlichen dbb - Landeshauptvorstand am 1. Oktober 2002 beschäftigten sich die Delegierten ausschließlich mit dem vom Berliner Senat am 30. September 2002 vorgelegten Papier und erteilten dem Ansinnen der Landesregierung eine klare Absage.

Nach langen und teilweise sehr heftig geführten Diskussionsbeiträgen fassten die Delegierten des Landeshauptvorstandes die folgenden Beschlüsse:

- Der dbb - beamtenbund und tarifunion berlin lehnt die Forderung des Senats nach Einkommenseinbußen für alle Beschäftigtengruppen kategorisch ab
- Der dbb - beamtenbund und tarifunion berlin fordert vielmehr die Umsetzung der Strukturveränderungsmaßnahmen, die als eigenständige Vorschläge vom dbb am 30. September 2002 unterbreitet wurden, ein.

Mit diesem Verhandlungsauftrag gehen die Vertreter des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin am 30. Oktober 2002 in die nächste - vierte - Gesprächsrunde.

IMPRESSUM

DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb - beamtenbund und tarifunion

Herausgeber Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Montag 9:00 - 18:00 Uhr Dienstag - Donnerstag 9:00 - 14:00 Uhr
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 e-mail: info@dstg-berlin.de

Internet www.dstg-berlin.de

Schriftleitung Jürgen Köchlin, stv. Landesvorsitzender der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN

Redaktion Detlef Dames, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Rita Rohde, Frank Schröder, Jeàn Wandkowski
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 15. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

Gestaltung/Layout Jürgen Köchlin Fotos: DSTG BERLIN Archiv

Druck DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin-Spandau
Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 e-mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Titellayout Karsten Köchlin

Auflage 8.500 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Oktober 2002



Sanierungspakt – auch eine Frage des Stils?

Nach den Worten von Wowereit und Co. müssen die Personalkosten im öffentlichen Dienst gesenkt werden. Und das, weil die Personalkosten höher sind als die gesamten Steuereinnahmen!

Um dieses zu erzwingen, wurden den Gewerkschaften ein Konzept mit einer Einsparsumme von 500 Mill. • jährlich ab 2003 vorgelegt! Beamte sollen für drei Jahre auf Besoldungsanpassung, Urlaubsgeld und Sonderzuwendung verzichten!

*Die Gegenleistung des Berliner Senats:
Erhalt der jetzigen Beschäftigungssituation; Einstellungskorridor mit 7.000 Stellen bis 2006; betriebsbedingte Kündigung nicht vor dem 31. Dezember 2005!*

*Bei Ablehnung drohten Wowereit, Körting und Sarrazin mit einseitigen Maßnahmen:
Weitere Arbeitszeitverlängerung für Beamte; Abschaffung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld;
Öffnung des Besoldungsrechts; Kündigung der Tarifverträge für Angestellte zum 31. Dezember 2003; Austritt aus der kommunalen Arbeitgebervereinigung für Arbeiter zum 31. Januar 2003; Betriebs-bedingte Kündigungen zum 1. Januar 2005!*

Alein diese Tatsache, dass die Gewerkschaften nicht mehr als Partner akzeptiert werden, könnte schon dazu verleiten, die Verhandlungen abubrechen! Was bleibt dann? Der Senat setzt seine Maßnahmen ohne Beteiligung der Gewerkschaften um und behauptet später, die Gewerkschaften hätten weder Interesse, noch würden sie die Rechte der Beschäftigten vertreten!

Sinnvoll? Wohl nicht! Schadensbegrenzung ist angesagt!

Der dreiste Versuch von Wowereit und Co., einseitig die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin zu treffen, ist populistisch und findet vereinzelt sogar Gefallen. Der dbb und seine Fachgewerkschaften, u. a. die DSTG, wehren sich dagegen!

Warum Berlin verschuldet ist, scheint nicht mehr wichtig zu sein!

Die hohe Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst war stets politisch gewollt. Vor Maueröffnung war es der Wille des Senats, die Arbeitslosenzahl so gering wie möglich zu halten. Es war auch nicht im Sinne der Berliner, die Subventionen des Bundes nach Mauerfall um über 20 Mrd. • zu kürzen! Kein öffentlich Beschäftigter hat diese Entwicklung zu verantworten, genauso wenig wie Beamte, Angestellte und Arbeiter die Bürgschaften an die Landesbank Berlin verhindern konnten.

Mit einer B-Besoldung werden Wowereit und Co. auch von Steuerbürgern bezahlt! Als politische „Zeitbeamte“ können sie jedoch viel versprechen und später aus dem Mandat flüchten, ohne für ihr Versprechen verantwortlich gemacht zu werden.

Nur konstruktiver, verbindlicher Sanierungspakt macht Sinn, wenn beide Partner offen, fair, vertrauensvoll und im Interesse der Beschäftigten verhandeln.

Sowohl dbb - berlin als auch DSTG haben dazu ihre Bereitschaft signalisiert und einen Vorschlag unterbreitet.

Letztlich liegt es am Senat, endlich wieder Stil zu zeigen und dieses Angebot zum Sanierungspakt gemeinsam auszudiskutieren und umzusetzen.

Jürgen Köchlin

Solidarpakt!?

Ein unmoralisches Angebot!!

>>> Fortsetzung von Seite 57

Selbst bei einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Papier sticht einem viel unausgegorenes oder gar widersprüchliches ins Auge.

Erst auf konkrete Nachfragen wurde erläutert wie der 2%ige Ansatz der Lohn- und Gehaltssteigerung zustande kommt. Im Haushalt wurde eine Rücklage für die zu erwartende Tarif- und Besoldungserhöhung i.H.v. 2% eingestellt, die nicht den Beschäftigten zugute kommen soll. Letztendlich ist jedoch bei den Tarifverhandlungen durchaus mit einem höheren Steigerungssatz zu rechnen, und damit mit einem höheren Prozentsatz auf den dann verzichtet werden soll.

Die soziale Ausgewogenheit lässt in vie-

von 38,5 Stunden auf 39 Stunden erhöht werden sollen. Dieses wurde zur Kenntnis genommen und als redaktioneller Fehler abgetan.

Unverständnis wurde von Dames auch darüber geäußert, das unlängst nicht nur die wöchentliche Arbeitszeit bei den „Westbeamten von 39,5 Stunden auf 40 Stunden, unter Streichung von einer Vielzahl von Stellen, erhöht wurde, nun aber eine Absenkung der Arbeitszeit vorgenommen werden soll, ohne das die Stellenstreichungen rückgängig gemacht werden bzw. gar neue Stellen angemeldet werden.

Die Frage inwieweit die Kürzungsmaßnahmen nach Ablauf des Kalenderjahres 2006 wieder rückgängig gemacht werden blieb unbeantwortet. Die Antwort

rig. Um eine Besoldungskürzung zu erreichen bedarf es einer Bundesratsinitiative des Landes Berlin mit dem Ziel eine Öffnungsklausel in das Bundesbesoldungsgesetz aufnehmen zu lassen, das jedem Land die Möglichkeit eröffnet, die Besoldung nach Haushaltslage vornehmen zu können. Für viele Haushälter anderer Länder eine verlockende Möglichkeit, insbesondere für die neuen Bundesländer, die jetzt gezahlten 90% zu 100% zu erklären und damit die umgekehrte Angleichung vorzunehmen und zwar West an Ost. Verfassungsrechtler haben hierbei jedoch arge Probleme, wird doch der Grundgedanke „Gleiches Geld für gleiche Leistung“ in allen Bundesländern unterlaufen und der aktiven Abwerbung von besser bezahlenden Bundesländern Tür und Tor geöffnet. Eine spannende Frage, die in der Ver-

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

len Punkten zu wünschen übrig.

So ist beispielsweise nicht einsichtig weshalb die Pensionäre an diesem Verzicht beteiligt werden sollen, während den Rentnern nicht genommen werden kann, weil selbst dem Gesetzgeber hierzu keine Regelung möglich ist.

So wird die Kollegenschaft des mittleren Dienstes bei Streichung des Urlaubsgeldes mit einem höheren Betrag als die des gehobenen und höheren Dienstes zur Kasse gebeten, bekommen sie doch zu Recht ein höheres Urlaubsgeld.

Viele Indizien sprechen dafür, dass wohl letztlich die Beamten und nicht die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes im Fadenkreuz der Politik stehen.

Entlarvend war in diesem Zusammenhang die Sprachlosigkeit bei der Beantwortung der Frage des Landesvorsitzenden der DSTG, des Kollegen Detlef Dames, ob denn versehentlich vergessen wurde darzulegen, dass – so dem vorgelegten Papier zu entnehmen – die wöchentliche Arbeitszeit im Kalenderjahr 2003 für die Beamten des Landes Berlin von 40 Stunden auf 39 Stunden gesenkt und für die Arbeitnehmer

kann sich ein jeder doch selbst geben. Nachhaltig konnte doch ein jeder nachvollziehen wie dehnbar in der Politik der Begriff „vorübergehend“ eine Definition erfahren hat; so ist doch das Weihnachtsgeld „vorübergehend“ seit 1993 (!) auf dem damaligen Stand eingefroren worden.

Die Erfahrung seit jener Zeit ist : Einmal gestrichen bedeutet wohl immer gestrichen.

Die zentrale Frage, die zu beantworten ist: Kann die Landesregierung von Berlin diese Kürzungen selbst vornehmen. Diese Frage ist zwar mit einem klaren nein zu beantworten, doch schon wieder zu relativieren wenn sie Rückendeckung durch Verbündete erhält.

Im Arbeitnehmerbereich bedarf es dazu der Kündigung von Tarifverträgen und der Neuverhandlung mit den Gewerkschaften. Für den dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und die DSTG ist die Verhandlungsgrundlage recht klar: Keine Tarifabschlüsse unterhalb des Ergebnisses der letzten Tarifverhandlungen.

Im Beamtenbereich ist die Sache gleichermaßen einfach wie auch schwie-

gangenheit immer zugunsten des Erhalts der Einheitlichkeit entschieden wurde.

Hier sind wie schon in der Vergangenheit alle DBB- und DSTG-Vertreter der Bundesländer gefordert ein Einfallstor nicht zuzulassen.

Für Berlin wird eindeutig das Signal von dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und DSTG gegeben:

Mit uns nicht!

Wir fordern:

Keine Sparmaßnahmen im Rasenmäherprinzip, die nur an den Folgen der Schulden rum docktern, sie aber nicht an der Wurzel packen und sie beseitigen helfen. Die von dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und Deutsche Steuer-Gewerkschaft Landesverband Berlin vorgeschlagenen Strukturänderungen sind hierfür ein weitaus probateres Mittel.

Für den 30. Oktober 2002 ist die vierte Gesprächsrunde mit dem Berliner Senat geplant. Von diesem sogenannten vierten entscheidenden „Solidarpakt“-Gespräch ein ausführlicher Bericht im nächsten Steuer- und Grollblatt Berlin.

Vorschläge des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin für strukturelle Veränderungen

Das am 30. September 2002 dem Berliner Senat vorgelegte Alternativkonzept des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin sieht statt weiterer Gehaltskürzungen folgende grundlegende Strukturveränderungen in der Berliner Verwaltung vor:

Strukturveränderungen in den Verwaltungen

- ✓ Abschaffung der politischen Bezirksamter (nicht der Verwaltung!) und der Bezirksverordnetenversammlungen
- ✓ Neustrukturierung der Verwaltung nach dem Vorbild von Hamburg
- ✓ Partizipation der Bürger fördern, Bürgernähe stärken
- ✓ Neubestimmung der Aufgaben, die von der Verwaltung wahrzunehmen sind
- ✓ Kennzahlenvergleiche für Aufgabenbereiche nach den Vorgaben der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung – KGSt –
- ✓ Überprüfung des Berliner Leistungskatalogs
- ✓ Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung auf allen Ebenen des politischen Systems
- ✓ Dezentralisierung von Personalverantwortung in allen Bereichen – einschl. der Berliner Gerichte –
- ✓ Ressortübergreifende Gesetzesfolgenabschätzung
- ✓ Reorganisation des Kassenwesens
- ✓ Neuordnung der Ausgabensteuerung in der Sozialhilfe
- ✓ Strukturreform bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Strukturveränderungen im Bereich der Aus- und Fortbildung

- ✓ Zusammenführung der Ausbildungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst
- ✓ Auflösung der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege
- ✓ Neuordnung der Studiengänge an den Berliner Hoch- und Fachhochschulen im Bereich der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften
- ✓ Konzentration der Fortbildungsreferate usw. durch Zusammenführung bei der Verwaltungsakademie Berlin

Grundlagen der Personalbedarfsberechnungen ordnen

- ✓ Anerkennung bundes- oder ländereinheitlicher Personalbedarfsberechnungen
- ✓ Aufgabenzuwächse durch zusätzliches Personal absichern, Aufgabenverminderungen durch Personalabgänge ausgleichen

Fortsetzung Seite 61 >>>

Vorschläge des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin für strukturelle Veränderungen

>>> Fortsetzung von Seite 61

Gemeinschaftsinitiative mit dem Senat zur Vereinfachung und Entbürokratisierung der Berliner Verwaltung

- ✓ Konsequente Aufgabenkritik in allen Teilen der Berliner Verwaltung einschl. der Sonderbehörden
- ✓ Gesetzesinitiativen des Landes Berlin im Bundesrat zur Verbesserung der gesetzlichen Verfahrensvorschriften für die Verwaltung und die Gerichte
- ✓ Überprüfung der Landesgesetze sowie sonstiger Rechtsvorschriften auf ihre weitere Notwendigkeit
- ✓ Überprüfung der Regelungen für Prozesskostenhilfe usw. angesichts der hohen Geschäftseingänge bei den Gerichten

Steigerung der Teilzeitquote

- ✓ Zielgerichtete Angebote für die unterschiedlichen Beschäftigtengruppen zur Aufnahme von Teilzeit auf freiwilliger Basis
- ✓ Neue Rechtsvorschriften zum Ausbau der Teilzeit im Bereich der Beamten und Richter
- ✓ Ermöglichung von Altersteilzeit statt gezielter Einschränkung

Vorlage einer Bilanz der bisherigen Sparmaßnahmen

- ✓ Überprüfung der Sparvorgaben seit 1999 hinsichtlich ihrer Umsetzung und finanzieller Wirkungen
- ✓ Stand des Personalüberhanges offen legen
- ✓ Bilanzierung, ob in den Bezirken die Sparvorgaben im Bereich der Führungskräfte erfüllt sind
- ✓ Umsetzung der Vorschläge des Rechnungshofs von Berlin, soweit die Personalausgaben betroffen sind

Vorlage der Personalplanung nach § 6 Abs. 1 Verwaltungsreformgrundsatzgesetz (VGG)

Schaffung eines Einstellungskorridors für die gesamte Berliner Verwaltung und Übernahme der Auszubildenden und Beamtenanwärter in Dauerarbeitsverhältnisse bzw. in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Verlängerung der Beschäftigungssicherungsvereinbarung bis zur Länderfusion Berlin/Brandenburg

Verzicht auf jegliche Gehaltskürzungen

Kein Ausspielen der Beschäftigtengruppen (Arbeiter, Angestellte und Beamte) gegeneinander

Keine Sparvorgaben, die sich nur auf die Beamtinnen und Beamten beziehen

Aktive Rolle des Senats bei der Anpassung der Dienstbezüge OST der Beamten an die Gehälter WEST

Vorschläge des Senats zur Abdeckung des Risikos des Solidarpakts

Arbeitszeitverkürzung gegen Verzicht auf Lohn- und Gehaltssteigerungen

Annahme: Bei Verzicht auf eine jährliche Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 % könnten folgende Beträge jährlich eingespart werden, wenn sich alle Beschäftigten beteiligen:

Beschäftigten- gruppen	2003 in Mill. ●	2004 in Mill. ●	2005 in Mill. ●	2006 in Mill. ●
Beamte	55,2	110,4	165,5	220,8
Angestellte u. Arbeiter	52,0	104,0	156,5	208,0
insgesamt	107,2	214,4	321,5	428,8
Pensionäre	22,8	46,5	71,0	96,3
Gesamt einschließlich Pensionäre	130,0	260,9	392,6	525,1
Nachrichtlich Vorgabe Solidarpakt	250,0	500,0	500,0	500,0
Vorgabe wird verfehlt/übertroffen in Höhe von	120,0	239,1	107,4	-25,1
Voller Verzicht auf 13. Monatsgehalt	434,6	434,6	434,6	434,6
hälftiger Verzicht auf 13. Monatsgehalt	217,3	217,3	217,3	217,3
Verzicht auf Urlaubsgeld	39,5	39,5	39,5	39,5
Korrespondierende Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf ... Wochenstunden	39,0	38,0	37,5	37,0

Das Leistungsangebot . . .

Beispiel

Besoldung/Tarifverträge

„Besoldung“

Der dbb - beamtenbund und tarifunion und seine Fachgewerkschaften - darunter die DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - vertreten die Beamtinnen und Beamten und sichern die Teilhabe der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Für die Einkommensrunde 2002/2003 fordert der dbb für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine lineare Anhebung der Einkommen in Höhe von 3,5 % ab November 2002.

„Tarifverträge“

Der dbb - beamtenbund und tarifunion und seine Fachgewerkschaften - darunter die DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - ist Verhandlungspartner bei den Tarifverhandlungen für Arbeiter und Angestellte. Für die Einkommensrunde 2002/2003 fordert die Tarifkommission der dbb-tarifunion 3,5 Prozent ab 1. November 2002 mehr für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildende im öffentlichen Dienst. Die Laufzeit der Tarifverträge für die Arbeitnehmer soll 12 Monate betragen. Die dbb-tarifunion wiederholt ihre Forderung einer stufenweisen Angleichung Ost an West bis 2006.

Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Ausfüllen und bitte an die DSTG-Berlin senden:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin
Motzstraße 32

FAX: 030 21473041

10777 Berlin

Ja, ich werde Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin- mit Wirkung vom 2002.

Name: Vorname:

Dienststelle Telefon d.:

..... Berlin, den (Unterschrift)